

«Den Neoliberalismus links überholen»

Ein Rückblick auf die autonome Sommeruni Luzern 2010

Es ist eine Binsenwahrheit, zu verkünden, die kapitalismuskritische Linke sei seit 20 Jahren in einer Krise. Der Niedergang des real existierenden Kommunismus, die scheinbar unaufhaltsame ökonomische Globalisierung, die Hegemonie des Neoliberalismus, die Stille nach der grössten Finanzkrise der Geschichte: Die Linke ist verstummt.

Die Autonome Sommeruni hat sich diesen August in Luzern mit der Krise der Linken auseinandergesetzt. Unter dem Titel „Warum heute nicht mehr 68 ist“ fanden an fünf Abenden Vorträge und Diskussionen statt. Es wurde versucht, Kritikmöglichkeiten durch theoretische und empirische Analysen neoliberaler Gesellschaftsformationen auf verschiedenen Ebenen auszuloten. Im Anschluss an die Vorträge wurde dann jeweils nach der Bedeutung dieser Veränderungen für eine linke Kritik gefragt. Denn: Transformierte Strukturen verändern auch die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer kritischen Haltung gegenüber diesen Prozessen.

Die Autonome Sommeruni suchte in diesen zwei intensiven Wochen eine »Denknische«; von der politischen Arbeit und dem ständigen Drang nach öffentlicher Anerkennung abgelöste Räume, in welchen in Ruhe eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen stattfinden kann.

Die Vorträge und die engagiert geführten Diskussionen gaben aufschlussreiche Einblicke in die verschiedensten Bereiche der vom Neoliberalismus geprägten Gesellschaft und zeigten, vor welchen Problemen kritische Debatten heute stehen. Der Anspruch war dabei nie einen ganzheitlichen Überblick zu geben. Deshalb kann auch diese Zusammenfassung nur in stark verallgemeinerter und gekürzter Form die besprochenen Prozesse und Phänomene skizzieren.

Die vielen Gesichter des Neoliberalismus – Zusammenfassung der Vorträge

„Fit für den Postfordismus? – Das Ende der Sozialdemokratie“

Was die Regulationstheorie als Übergang vom Fordismus zum Postfordismus beschreibt, ist von anderer Seite als Globalisierung, als Übergang zur post-industriellen Wirtschaft oder als Aufkommen des Neoliberalismus beschrieben worden. Kurz zusammengefasst beschreibt der Postfordismus die ökonomische und politische Veränderung des Kapitalismus seit den 1970er Jahren, in welchen, als Reaktion auf die Überproduktionskrise sowie als Reaktion auf die sozialen Bewegungen der 1960er Jahren, die Formen der Produktion und der Kapitalakkumulation verändert wurden: Die Priorisierung des Finanzmarktes gegenüber der Industrie, die Ablösung der industriellen Massenproduktion durch flexiblere, auf digitalen Technologien aufbauende „lean production“ sowie die Internationalisierung der Ökonomie sind zentrale Stichworte dieses Übergangs. Der Vortrag versuchte aufzuzeigen, dass die Kategorie des Postfordismus gegenüber anderen Erklärungen den Vorteil hat, dass der Übergang der letzten dreissig Jahre nicht als einfache Ausdehnung des Kapitalismus über den gesamten Globus (Globalisierung) verstanden werden muss, sondern ebenfalls – oder gerade – den westlichen Gesellschaften grundlegende

Veränderungen gebracht hat, die über die Terti- arisierung der Ökonomie (post-industriell) hinaus auch im industriellen Sektor einschneidende Veränderungen in der Produktion gebracht hat. Die strukturellen Veränderungen westlicher Ökonomien können also mit der Regulationsthe- orie über die ideologische Veränderung (Neo- liberalismus) hinaus weiter analysiert werden. Vom Neoliberalismus zu sprechen bedeutet somit auch von den veränderten ökonomischen Strukturen zu sprechen. Dabei fällt auf, dass sich die von Gewerkschaften und Sozialdemokratie erkämpften sozialen Errungenschaften des Wohl- fahrtsstaates (wie etwa Sozialversicherungen oder Korporatismus) mit dem Wandel der Ökonomie neuen strukturellen Problemen stellen müssen. Das Aufkommen flexibler Produktion und die damit geschaffenen atypischen Beschäftigungs- verhältnisse wie Temporärarbeit, Arbeit auf Abruf, Scheinselbstständigkeit etc. untergraben immer stärker die traditionellen Formen sozialdemokra- tischer Politik. Dabei ist von grosser Bedeutung zu erkennen, dass einem auf der Unterscheidung von Arbeit und Nicht-Arbeit aufbauender Sozial- staat durch die flexiblen Beschäftigungsformen die Grundlage entzogen wird. Dementsprechend muss es den linken Kräften darum gehen, diese neuen Formen von Konf- likten, welche sich nicht mehr einfach auf den männlichen, weissen Industriearbeiter mit Norma- larbeitsverhältnis stützen, sondern den vielfältigen Formen von Beschäftigung, Weiterbildung, ille- galer oder freiwilliger Arbeit, unbezahlten Praktika etc. zu erkennen und Formen von linke Identitäts- konstruktion den neuen Realitäten anzupassen. Denn nur so, und das wurde in der Diskussion deutlich, ist es möglich, neue Formen von Protest zu finden, welche sich gegen das Herz der Aus- beutung richten. Wenn die Fabrik nicht mehr der privilegierte Ort des Arbeitskampfes darstellt und nicht mehr das Fließband, sondern die Eigenini- tiative taktangebend sind, so gilt es, sich auf die Suche nach den Orten zu machen, wo gegen neue Formen altbekannter Ausbeutung gekämpft werden kann.

„Soziale Kontrolle in der Postmoderne – Eine kritische Betrachtung aktueller Kriminalpolitik“

Auch in der Kriminalpolitik hat in den letzten Jahren ein grundlegender Wandel stattgefunden, der direkt mit den oben beschriebenen ökonomischen und damit einhergehenden kulturellen und sozialen Umwälzungen zusammenhängt. Die Angriffe des Neoliberalismus auf den „Wohl- fahrtsstaat“ haben zu einer Erosion der sozialen Sicherheit geführt. Soziale Gefüge haben an Bedeutung verloren und einer neuen Angstkultur Platz gemacht.

In der neoliberalen Logik ist Devianz gewis- sermassen das Ergebnis von individuellen Kosten-Nutzen-Abwägungen, Kriminalität wird sozusagen als Abfallprodukt der Verhältnisse in Kauf genommen und damit zwangsläufig entmo- ralisiert. Dementsprechend hat der Resozialisie- rungsgedanke an Bedeutung verloren, stattdes- sen werden gesellschaftliche Risiken in der Logik einer Versicherung analysiert und neutralisiert. Dabei bietet der neu aufkommende Konservatis- mus bei der Durchsetzung dieser neuen Kriminal- politik eine rhetorische Stütze, indem er Krimina- lität als Ausdruck eines Werte- und Sittenzerfalls betrachtet, Vergeltung fordert und damit das neue kriminalpolitische Paradigma wieder mora- lisch anreichert. Die Techniken der Resozialisie- rung – Disziplinierung und Behandlung – verlieren zunehmend an Bedeutung, stattdessen treten Techniken der Kontrolle (z.B. Videoüberwachung, Observation) und des Ausschlusses (z.B. Weg- weisung, lebenslange Verwahrung, Ausschaffung) in den Vordergrund. Ergänzt werden diese Tech- niken durch die zunehmende Selbstverantwor- tlichkeit des Individuums und die damit einherge- hende Tendenz hin zu einem *homo prudens*, der aus eigenem Antrieb antizipierte gesellschaftliche Verhaltensstandards quasi in vorausseilendem Gehorsam befolgt.

In dieser kriminalpolitischen Logik wird das Individuum zum Risikofaktor, das die systemerhaltende Kooperation durch Abweichen von der Norm gefährden kann und daher vom Staat „verwaltet“ werden muss. Zugleich verzichtet der Staat auf eine „Rundum-Versorgung“ mit Sicherheit, sondern organisiert die Sicherheitsgewährleistung zunehmend nach ökonomischen Massstäben, was eine Privatisierung der Sicherheit mit sich bringt.

In der Diskussion wurde betont, dass die Erkenntnis „Kriminalität als Konsequenz der gesellschaftlichen Verhältnisse“ eigentlich ein Fortschritt ist. Es bedeutet aber auch für die antikapitalistische Linke, dass sich Handlungsfelder gegen die neoliberale Kriminalpolitik nur vor diesem Hintergrund öffnen können. Isoliert eine Rückkehr zur wohlfahrtsstaatlichen Kriminalpolitik in Betracht zu ziehen, bedeutet die kriminalpolitische Logik nach der „neoliberalen Wende“ zu verkennen. Vielmehr ist Kreativität gefragt: Beispielsweise mit der Suche nach neuen Formen der Solidarität, welche es ermöglichen, sich dem „System der Menschenverwaltung“ zu entziehen und die Mechanismen der sozialen Kontrolle als Immunsystem der Herrschaft zu verstehen.

„Who cares? Aktuelle Umbrüche in der Care-Ökonomie“

Die Geschlechterverhältnisse haben sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Der Vortrag beschrieb mit Bezug auf Iris von Roten, wie es für den Feminismus der 50er Jahre (und auch später noch) ein wichtiges Anliegen war, die Frauen von ihrem »nur Hausfrauendasein« zu ‚befreien‘. Dabei ging von Roten davon aus, dass sich die Versorgungsarbeit automatisch verteilen werde, wenn die Frauen ebenfalls zur Arbeit gehen.

Der Vortrag gab einen schematischen Überblick über die Bedeutung all der Arbeiten, welche an Kindern, Alten und Kranken, aber auch an Männern (und Frauen) mit ausgelasteten Agenten und schliesslich an Allen erbracht werden müssen, welche den Alltag lebensnotwendig bestimmen, welche unweigerlich mit einem Aspekt der sozialen Beziehungen verbunden

sind und welche nach Rechnungen von Mascha Madörin den grössten Teil der Wertschöpfung in der Schweiz ausmachen. Aber: Obwohl Frauen vermehrt erwerbstätig wurden, hat sich nichts daran geändert, dass diese „Hausfrauen“-Arbeiten weiterhin vor allem von Frauen abseits der öffentlichen Wahrnehmung ausgeführt werden. Weshalb aber hat sich die Geschichte gegen Iris von Roten's Thesen entwickelt?

Es hat sich die Vorstellung durchgesetzt, dass eine „moderne“ Frau mit einer guten »Work-Life Balance« alle Lebensbereiche unter einen Hut bringen kann. Sie wird zur individuellen Selbstmanagerin. Andererseits übergibt die erwerbstätige Frau ihren Platz im Haushalt einer eingekauften Haushälterin. Damit sich das lohnt, muss diese deutlich weniger verdienen. So hat sich ein schlecht bezahlter Markt entwickelt, auf dem, durch den oft irregulären Status der Haushaltshilfen, die Löhne der Frauen nochmals gedrückt werden. Der Vortrag versuchte, die Überschneidung der Gender-, Care- und Migrationsregime deutlich zu machen, welche sich verschränken und eine spezifische Form der Ausbeutung entstehen lassen.

In einer Allianz von neoliberalen und neokonservativen Argumenten werden die Sorge-Arbeiten nicht von der öffentlichen Hand übernommen, um die ‚traditionelle‘ Familie zu retten und nicht in die Privatwirtschaft einzugreifen.

Am Ende des Vortrages wurde versucht, Perspektiven und Utopien aufzuzeigen. Es wurde über die Möglichkeiten von Care-Infrastruktur Projekten diskutiert, um insbesondere im kulturellen Bereich eine grössere Anerkennung der Care-Arbeit, aber auch grundsätzlich eine neue Zeitpolitik zu erreichen, also weniger Lohnarbeit und mehr Zeit bei allen für Sorge-Arbeiten. Schliesslich wurde in der Diskussion darauf aufmerksam gemacht, dass es allgemein auch ein Ziel sein sollte, mehr im kollektiven und gemeinschaftlichen die Care-Arbeit zu organisieren, also solidarische Formen zu entwickeln die über die ‚traditionellen‘ Familien hinausgehen. Auf was jedoch gerade der Vortrag zur neoliberalen Stadtentwicklung aufmerksam machte, war, dass Formen der kollektiven Arbeit und des Zusammenlebens durch die aktuellen Veränderungen in vielen urbanen Räumen immer stärker bedroht werden.

„Die neoliberale Stadt“

Der Neoliberalismus, so die These des Vortrages zur Stadtentwicklung, muss weniger als ein klares Konzept gesehen werden, denn als eine Strömung, welche gerade von ihrer Vielfalt, ihrer ständigen Anpassung und Verschränkung mit anderen politischen Projekten lebt. So hat der Neoliberalismus verschiedene Phasen durchlebt, und wird, so eine weitere These, auch die bestehende Finanz- und Wirtschaftskrise in veränderter Form überleben. So hat der Neoliberalismus aber auch Auswirkungen auf die urbane Politik, jedoch nicht nur, weil der immer stärker werdende globale Standortwettbewerb die Städte und urbanen Gebiete zwingt, ihren Standort international zu vermarkten und den Bedürfnissen von Unternehmen anzupassen; sondern auch, weil auch auf lokaler Ebene neoliberale Konzepte gewollt voran getrieben werden. Davon ist entscheidend auch die sozialdemokratische Politik betroffen, welche gerade in der Schweiz viele Städte regiert. So wird deutlich, dass mit dem Neoliberalismus auch die Stadt verstärkt nach ökonomischem Massstab regiert wird. Die Verwaltungen müssen politisch vermehrt nach Unternehmensgrundsätzen wie Effizienz, Leistungserfüllung oder Schuldenabbau funktionieren. Die effektive Stadtentwicklung wird nach den Kriterien wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ausgerichtet, wobei die Anwerbung von steuerstarken Firmen und Menschen im Zentrum steht.

Der Vortrag beleuchtete zudem zwei wichtige Effekte neoliberaler Stadtpolitik: Einerseits führt der Zwang nach ständiger Standortvermarktung dazu, dass die Sauberkeit und Sicherheit von Stadtzentren – notabene die Visitenkarte von Städten – zu einem Hauptziel urbaner Politik wird. Der öffentliche Raum wird überwacht und von unerwünschten Bevölkerungsschichten gesäubert. Was nicht direkt der Wirtschaftlichkeit der Stadt dient, wird mit repressiven Mitteln verdrängt. Damit wird der öffentliche Raum selbst zu einer privaten Sphäre, in welcher die Stadt, bzw. die Polizei, vorschreibt, welches Verhalten darin geduldet, welches repressiv bekämpft wird. Andererseits wird die direkte und indirekte Vertreibung sozial schwacher Schichten auch mit der

Stadtplanung vorangetrieben. Die Gentrifizierung (die Veränderung der Sozialstrukturen innerhalb von Quartieren durch Renovation, Neubau und ‚Aufwertung‘) vertreibt einerseits sozial schwache Menschen vom Stadtzentrum in die Peripherie, während die Stadtquartiere für besser Verdienende attraktiv gemacht werden; andererseits führt sie auch hier zu einer Veränderung des Raumes, welcher immer weniger, privilegierten Menschen den Zugang ermöglichen. Durch diese Veränderungen wird die Stadt von einem sozialen, öffentlichen Raum zu einem privatisierten Raum, welcher mit Privilegien verbunden ist. Innerhalb des urbanen Raumes, welcher zu einer Quelle der Ausbeutung und Verwertung wird – die Stadt als Unternehmen – müssen deshalb Kämpfe um Mieten, Vertreibung oder Repression, direkt als ökonomische Verteilungskämpfe betrachtet werden. Gerade diese Kämpfe erfordern jedoch, so wurde in der Diskussion betont, dass sich linke Kräfte in den Quartieren mit den sozial schwachen Einwohner_innen von Städten zu organisieren beginnen.

„Was geht, wenn die Novartis von flachen Hierarchien spricht?“

Der Vortrag gab Einblicke in den Diskurs und die Idee der Arbeitsorganisation in der Basler Chemiefirma »Novartis«. Anhand von Begriffen wie „flache Hierarchien“, „Netzwerke“ oder „Empowerment“ wurde gezeigt, wie eine Veränderung der Konzepte der Arbeitsorganisation in der Selbsterzählung der Firma wichtig werden. Diese, zum Teil auch in der Linken verhandelten Begriffe, gelten im internen Diskurs als Revolutionierung der Betriebsorganisation. Hintergrund dafür bildet eine offizielle Strategie, die im »POO Curriculum« für die Teilfirmen fest gehalten wurde. Dabei geht es einerseits um die Dezimierung der Hierarchiestufen von sieben auf drei, andererseits um die Idee eines »Kulturwandels« und neue Formen der Kontrolle.

In der neuen »Arbeitskultur« dominiert die Vorstellung des flexiblen, dynamischen und selbstverantwortlichen Mitarbeitenden. Im 360° Feedback entsteht eine gegenseitige Arbeitsbewertung mit Bonus/Malus System, die zentral angeordnet ist, in der Ausführung aber ohne die zentrale

Funktion eines Vorgesetzten auskommt. Durch Konzepte unter dem Begriff „Empowerment“ wird das unternehmerische Selbst zum Prinzip unter den Angestellten: In der Doppeldeutigkeit des Begriffes als Umschreibung eines Zustands (Wie empowerst du?) und als angestrebtes Ideal (sei empower!) droht die ständige Gefahr, nicht empower zu sein, ohne davon los zu kommen, sich am qualitativen Begriff messen zu lassen. Schliesslich machte der Referent darauf aufmerksam, dass der Chef hinter diesen eher in einer strukturellen Gleichheit durchgesetzten Konzepten nicht arbeitslos wird: Sowohl dort wo das Flache nicht das geeignete Resultat zu erreichen vermag, wie auch in der Einsetzung und Kontrolle der flachen Strukturen, werden die Hierarchien deutlich. In diesem Sinne sei der in sich widersprüchliche Ausdruck „flache Hierarchien“ zur Umschreibung der Arbeitsprozesse der Novartis eine treffende Umschreibung der Arbeitsorganisation der Novartis.

Mit der Solidarität gegen den Neoliberalismus

Die Vielfalt der Vorträge, und die in mehrere Richtungen geführten Diskussionen mögen allen Teilnehmenden verschiedenste Erkenntnisse und Anstösse mitgegeben haben. Gerade in dieser Vielfalt liegt die Stärke einer Diskussion, die sich nicht durch eine fixe Zielorientierung einschränken will. Dennoch liessen sich in den Vorträgen und den anschliessenden Diskussionen zwei wiederkehrende Themen ausmachen. Diese Themen müssen weder als Quintessenz, noch als dringendste Fragen linker Kritik gesehen werden. Aber es wurde deutlich, dass sich eine weitere, eingehende Beschäftigung mit der Frage nach neuen Formen von Solidarität aufdrängt sowie ein grosses Interesse an vertieften Analysen des Zusammenhangs von Neoliberalismus und seinen Allianzen bestehen.

Verlust der Solidarität

Die Krise des fordistischen Sozialstaates lässt sich als ein Niedergang der sozialen Institutionen beschreiben. Das Aufbrechen des traditionellen Familienbildes, die Lockerung des Fabrikregimes, der Übergang von der rigiden Schuldisziplin hin zu einem lebenslangen Lernen, die Aushöhlung der Sozialversicherungen; dies sind alles Übergänge in die neoliberale Leistungsgesellschaft, welche eine differenzierte Betrachtung erfordern. Auf der einen Seite sind diese Veränderungen Resultat der Kämpfe von linken, sozialen Bewegungen der 60er-Jahre, weil sie viele Forderungen nach grösserer Autonomie der Menschen und Flexibilität in der Lebensgestaltung haben erfüllen können. Auf der anderen Seite sind sie durch den Neoliberalismus der strengen, disziplinierenden Marktlogik wieder untergeordnet worden. Durch die Unterordnung unter den Leistungszwang und den Konkurrenzdruck im Kapitalismus haben sie zu einer verstärkten Individualisierung geführt. Mit der Zunahme der neoliberalen Version von Freiheit ging ein Verlust der sozialen Sicherheit einher, welche von den fordistischen Institutionen noch garantiert wurden. Die neu aufkommende soziale Unsicherheit, gepaart mit einem verstärkten Wettbewerb zwischen den Individuen – soweit war man sich in den Diskussionen grösstenteils einig - haben zu einem Verlust der Solidarität geführt. Die Solidarität zwischen den Menschen, und im Speziellen mit den armen und marginalisierten Schichten der Gesellschaft – so eine vielvertretene Ansicht - ist durch einen politischen Diskurs ersetzt worden, welcher die Angst von Menschen, sich in der sozialen Unsicherheit behaupten zu können, dazu benutzt, marginalisierte Schichten als Ursache der Unsicherheit darzustellen und Sicherheitspolitik als Repressionspolitik darzustellen. Der Kampf gegen die Armut wurde durch einen Krieg gegen die Armen ersetzt. Um aber, so wurde in mehreren Diskussionen betont, dringend notwendige Formen der Solidarität wieder zu finden, gilt es nicht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und sich in die hierarchischen und bürokratischen sozialen Institutionen des Fordismus zurückzuwünschen. Vielmehr gilt es, neue Formen der Solidarität zu finden, welche die Autonomie der Menschen zu ihrem Ausgangspunkt machen.

Heilige Allianzen des Neoliberalismus

Die verschiedenen Vorträge und Diskussionen haben immer wieder gezeigt, dass der Neoliberalismus seine Hegemonie daraus zieht, dass er in verschiedenen politischen Feldern Allianzen mit anderen ideologischen Vorstellungen eingehen kann und so verschiedene Spielarten des Neoliberalismus entstehen. So wurde bei der Betrachtung der Kriminalpolitik klar, dass der Neoliberalismus eine scheinbar widersprüchliche Allianz mit konservativen Moralvorstellungen eingeht, mit welcher ermöglicht wird, dass er seine entmoralisierte Vorstellung von Kriminalität mit einem Wertesystem verbinden kann, welcher ihm eine Möglichkeit gibt, seine politische Agenda auch mit Moralvorstellungen der Bevölkerung durchzusetzen. Genauso wird diese unheilige Allianz bei der Verwaltung der Care-Ökonomie deutlich, wo der Konservatismus dazu gebraucht wird, im Namen von traditionellen Familienwerten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern und staatliche Interventionen in die Familienplanung (Krippen etc.) zu verhindern. Die Allianz zwischen wirtschaftsfreundlichem Neoliberalismus und Wertkonservatismus in der Schweiz und anderen Ländern scheint dabei inhaltlich widersprüchlich, ist aber politisch ein Erfolgsrezept. Eine genaue Analyse dieser Allianz – auch vor dem Hintergrund des erstarken Rechtspopulismus in Europa und den USA – ist dringend notwendig. Wie aber etwa die Vorträge zur neoliberalen Stadtpolitik und zur Novartis gezeigt haben, besteht auch auf sozialdemokratischer Seite die Tendenz, eine Allianz mit dem Neoliberalismus einzugehen und grundlegende Konzepte der Ökonomie in die eigene politische Ausrichtung aufzunehmen. So müssen die neuen sozialdemokratischen Reformen des Sozialstaates (etwa New Labor unter Blair in England oder Schröders Hartz IV Reformen in Deutschland), oder auch die Umsetzung neoliberaler Politik in Städten, welche oftmals von linksgrünen Mehrheiten regiert werden, als Verschränkung neoliberaler Grundsätze

mit alten sozialdemokratischen Werten verstanden werden. Genauso wurde im Vortrag zum Postfordismus und zur Novartis deutlich, dass der Neoliberalismus selbst als eine Form der passiven Revolution gegen die sozialen Bewegungen der 60er und 70er Jahre gesehen werden kann. Eine passive Revolution nicht nur im Sinne, dass führende Persönlichkeiten und Strömungen der sozialen Bewegungen in die Machtapparate des Kapitalismus und des Staates integriert wurden (man denke etwa an die aus der Ökologiebewegung kommende Grüne Partei, welche heute in Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien den Green New Deal fordert), sondern auch im Sinne, dass eine Übernahme linker Diskurse und Konzepte in den neoliberalen Diskurs stattgefunden hat, welcher dazu führt, dass selbst uralte linke Konzepte wie die ‚Befreiung von der entfremdeten Arbeit‘ ökonomisch umgedeutet worden sind. Hier zeigt sich erneut, dass weniger die Rede von „Dem“ Neoliberalismus sein kann, sondern dass der Neoliberalismus sich gerade durch eine sehr starke Wandelbarkeit auszeichnet, welcher eine Vielzahl von moralischen und politischen Konzepten in das Dogma der kompletten Ökonomisierung des Lebens einbindet und so verschiedene Spielarten des Neoliberalismus entstehen. Für linke Kritik am heutigen Kapitalismus ist zentral, dass sie einen Weg findet, diese vielfältigen Gesichter des Neoliberalismus zu kennen und gleichzeitig nicht zu leugnen, dass die soziale und kulturelle Entwicklung der letzten Jahrzehnte auch zu mehr „Autonomie“ und Flexibilität geführt hat. Auch heute muss gegen den Kapitalismus mit all seinen negativen sozialen Auswirkungen und Ungleichheiten angekämpft werden – aber einfach alte linke Konzepte zu reproduzieren beinhaltet auch die Gefahr des Zurückfallens in die hierarchischen Strukturen der fordistischen Gesellschaft. Das wäre weder befriedigend noch angepasst. Eine wirkliche Befreiung von diesen Strukturen hat aber erst dann wirklich stattgefunden, wenn in der Gesellschaft Solidarität und Autonomie keine Widersprüche mehr darstellen. Und dafür gilt es, den Neoliberalismus links zu überholen.

Ausblick denknischen

All zu oft verliert sich die kritische Linke in der wichtigen theoretischen Auseinandersetzung mit den Klassikern antikapitalistischen Denkens oder in der ebenfalls wichtigen Diskussion um zukünftige Utopien einer gerechten Gesellschaft.

Ohne das eine oder andere vernachlässigen zu wollen, war das Ziel der Autonomen Sommeruni, solche meist ideologischen Verankerungen zu lösen und das Gemeinsame in der Analyse und der Kritik des Neoliberalismus zu suchen. Dieser Weg hat uns Möglichkeiten gegeben, verschiedene politische Denkformen, Gruppierungen und Strömungen zusammen zu bringen und die Diskussionen über die eigene politische Grundeinstellung hinaus zu gemeinsamen Anhaltspunkten in der Kritik zu lenken. In Zeiten, in welchen Pragmatismus und Zynismus die einzigen Alternativen zum Dogmatismus zu sein drohen, bietet uns dies eine Perspektive. Denn wir wollen nicht dogmatisch sein, aber uns trotzdem die Vorstellung einer radikalen Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nehmen lassen.

Mit der Autonomen Sommeruni 2010 entstand das Projekt denknischen, welches sich zum Ziel setzt, auch in Zukunft Räume und Zeit zu schaffen, um zu diskutieren und zu reflektieren. In den kommenden Monaten werden wir mit Veranstaltungen in verschiedenen Städten der Schweiz versuchen, die erfolgreichen Diskussionen weiterzutragen, Gemeinsamkeiten mit verschiedenen Gruppierungen zu finden und Strömungen herzustellen, welche auf ein gemeinsames Gegen-Hegemoniales Projekt zum Neoliberalismus zielen könnten.